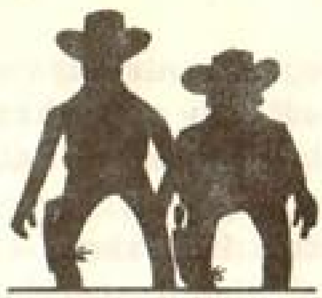


Der amerikanische Weg ...

Weil er als kleiner Bub in der amerikanischen Besatzungszone Wiens aufwuchs, deshalb hörte der Verfasser dieser Zeilen schon sehr früh all die schönen Geschichten über George Washington und Abraham Lincoln. Und weil der Schuldirektor, ein distinguierter alter Herr, auch den damals amtierenden amerikanischen Präsidenten gewissermaßen als Heilsbringer und als Hüter der Demokratie verklärte, deshalb nahm der kleine Bub auch dies gelassen als Tatsache zur Kenntnis. Doch irgendwann einmal ist ja die Schule aus, der Bub wird größer und beginnt die schöne Theorie mit der grauen Praxis zu vergleichen. Dann merkt er eines Tages, daß die USA weit eher monokratisch als demokratisch sind. Denn der Mister President hat Rechte, die im alten Europa höchstens gekrönten Häuptern zustanden. Er kann gegen die Mehrheit des Senats und des Abgeordnetenhauses regieren und er kann Kriege führen gegen wen und wann er will; und wenn er nicht so dumm ist, bei einem Einbruch eigenhändig silberne Löffel zu stehlen, dann ist er praktisch unabsetzbar. Gewiß, auch der US-Präsident kann nicht allein regieren. Er ist auf einen Parteiapparat und auf eine spendable Industrie angewiesen, denn der Wahlkampf kostet viel. Eben diese Abhängigkeit von Management und Geld ist aber wiederum systemerhaltend, denn ohne Unterstützung durch eine von der Öl-, Rüstungs- und sonstigen Industrie gesponserte Partei ist eine Kandidatur aussichtslos. Damit der Wähler trotzdem glaubt, er könne wählen, gibt's zwei große Parteien und daher jeweils auch zwei Präsidentschaftskandidaten, welche allerdings einander meist so ähneln wie ein Ei dem andern. Ganz selten kommt es zu einem Scheingegensatz, so wie damals, als der „friedliche" Johnson dem kriegerischen Goldwater gegenüberstand. Wobei hervorzuheben ist, daß der siegreiche Friedensengel später haargenau jenen Indochinakrieg führte, den Goldwater angekündigt hatte. Letzterer war eben so unklug gewesen, sein Vorhaben bekanntzugeben und damit das verschreckte Wählervolk ins Lager des Konkurrenten zu treiben. Übrigens: Die Marxisten-Leninisten sagten schon damals, daß es ganz egal sei, wer von den beiden ins Weiße Haus käme; nur die „Volksstimme" erhoffte inbrünstig den Wahlsieg des „vernünftigen" Johnson.

... und seine kleinen Nachahmer

Mit der US-Demokratie ist's also nicht weit her. Das hat nicht nur der Bub aus der amerikanischen Besatzungszone, sondern das haben auch die meisten seiner Mitmenschen inzwischen wohl bemerkt. Nur unsere österreichische Obrigkeit bleibt hartnäckig in der Pose des Schulmeisters und verteidigt nicht nur die Zustände jenseits des großen Teiches, sondern ahmt sie insofern auch nach, indem sich bei uns ebenfalls zwei Großparteien die Pfründen teilen, abwechselnd die Wahlen gewinnen und gemeinsam die Interessen der Industriellenvereinigung berücksichtigen. (Die Kleinparteien zählen in diesem Zusammenhang nicht. Die deutschnationale FPÖ verkauft sich bei Bedarf jeweils an die meistbietende Großpartei und die ‚K'PÖ ist ein harmloses Auffangbecken für unzufriedene SP-Wähler.)

Wer sich also etwa bei der Wiener Gemeinderatswahl am 21. Oktober zumindest einen Scheingegensatz zwischen den Konkurrenten erwartet, der wird enttäuscht sein, denn die Parteien bieten keine Programme, sondern Personenkult, wobei als Spitzenkandidaten nur telegene Schönlinge auftreten. So wirkt der eine von ihnen wie aus dem Modejournal herausge„gratz"t, während der andere stolz wie der Hahn am Mist kräht. Die Wahl fällt demnach leicht. Nämlich Wahlenthaltung. ●



für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 79 · Oktober 1973

Arbeiter! Der kapitalistische Staat trampelt auf euch herum. Und das, was ihr am Wahltag „wählen" dürft, ist nur die zuckerlrosa, schwarze oder braune Pasta seiner Schuhe. Also: Boykottiert die Schwindelwahlen!



Putzt der herrschenden Klasse nicht die Schuhe!



Denn nach dem Wahltag wertet der kapitalistische Moloch jede gültige Stimme als „demokratische" Zustimmung zu seinem volksfeindlichen Lohnsteuer-, Tarif- und Inflationssystem. Arbeiter – egal, ob du die Manager der Großparteien oder die Arbeiterverräter der „K"PÖ wählst – du wählst das Kapital!

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

Breschnew liefert
Kanonenfutter für den Aggressor



Im Ersten Weltkrieg, besonders seit der sogenannten "Balfour-Deklaration" 1917, begannen die Zionisten mit einer gezielten und organisierten Einwanderung von (rassisch und religiös verfolgten) Juden nach Palästina, um die einheimische arabische Bevölkerung zu majorisieren, sie ihres Grund und Bodens, ihrer Arbeitsmöglichkeiten zu berauben, sie aus ihrer Heimat zu verdrängen und zu vertreiben. Im Jahre 1948 wurde der Staat Israel gegründet. Millionen Araber mußten ihr Land verlassen und leben seither in Flüchtlingslagern unter elendiglichen Bedingungen. Im "6-Tage-Krieg" annektierten die israelischen Zionisten unter dem Vorwand "einer Bedrohung seitens der Araber" weitere Teile arabischer Gebiete (Sinai-Halbinsel, Golanhöhen, Westjordanien). Sie konnten sich dies erlauben, weil sie unter dem Schutz des USA-Imperialismus standen, als dessen gepanzerte Faust sie in diesem strategisch wichtigen und an Erdöl besonders reichen Gebiet fungieren.

Unterdrückung ruft unweigerlich Widerstand dagegen hervor. Aus kleinen Anfängen hat sich der Befreiungskampf der arabischen Völker entwickelt und schreitet vorwärts - wie immer der Zick-Zack-Weg auch sein möge. Es ist ein gerechter Kampf, den die Palästinenser um die Rückkehr in ihre Heimat führen. Wir fragen die Österreicher, was sie denn tun würden, hätten sie Eindringlinge von Haus und Hof, Grund und Boden vertrieben und in die Wüste gejagt?

★

Die Ereignisse von Marchegg-Schwechat Ende September und ihre innen- und weltpolitischen Auswirkungen haben gezeigt, daß Österreich nicht abseits der Nah-Ost-Frage steht. Wir behandeln das folgende vom Standpunkt der Interessen des österreichischen Volkes, der österreichischen Arbeiterschaft.

Der Krisenherd im Nahen Osten wurde durch die beiden Supermächte USA und Rußland entzündet und angeheizt. Sie arbeiten bei der Unterdrückung des nationalen Befreiungskampfes der arabischen Völker zusammen, gleichzeitig rivalisieren sie miteinander um die Herrschaft in diesem, wie gesagt, strategisch wichtigen und an entscheidenden Rohstoffen reichen Raum. In zunehmendem Maße wurde Europa in den von ihnen geschürten Nah-Ost-Konflikt hineingezogen. Sie taten das z. B. durch ihr Bestreben, einen Nachschub an Kriegsmaterial aus Frankreich und anderen Ländern für die arabischen Staaten (Mirage-Flugzeuge) zu unterbinden, während gleichzeitig die Belieferung der Zionisten mit amerikanischem Kriegsmaterial verstärkt wurde. Das gilt auch für die Hetzkampagne, die in Europa in der Frage der für den Kontinent wichtigen Versorgung mit nahöstlichem Erdöl gegen die arabischen Völker geführt wird. Und das gilt ganz besonders für die Organisierung von Stützpunkten wie Schloß Schönau auf dem Territorium der Republik Österreich.

Mit der Errichtung von Schloß Schönau als Auffanglager für russische Emigranten jüdischen Glaubens nach Israel wurde Österreich direkt in den Krieg zwischen Israel und den Palästinensern (als solchen hat ihn auch Kreisky bezeichnet) hineingezogen. Dem sind Dinge vorangegangen, die die Situation radikal veränderten. Nach dem 6-Tage-Krieg 1967 kam es bekanntlich zu dem russisch-amerikanischen Abkommen bezüglich des Nahen Ostens unter der Devise "weder Krieg noch Frieden", womit sich jede Seite ihren Einfluß als "Freund" und "Hilfespender" sichern wollte. Und 1968, nach der Okkupation der ČSSR durch Rußland, wurde zum Schrecken der westeuropäischen Kapitalisten die Zweiteilung Europas in starre Einflußzonen der beiden Supermächte zur Tatsache. Damals begann auch die Wendung der österreichischen Kapitalisten von Vasallen der NATO, insbesondere des US-Imperialismus, zur Rolle eines "Dieners zweier Herren", nämlich der beiden Supermächte. Die Errichtung von Schloß Schönau als Relaisstation für jüdische Auswanderer aus Rußland nach Israel geschah im vollen Einvernehmen mit den beiden Supermächten und lag nicht im Interesse des österreichischen Volkes.

★

Mit stimmgewaltigem Aufwand wird jetzt - nach der Ankündigung durch Kreisky, daß sich die Bundesregierung dazu entschlossen habe, Schönau aufzulassen - der "humanitäre Aspekt" hochgespielt.

Das Auffanglager Schloß Schönau hat aber mit "Humanität" nichts zu tun. Es ist ein quasi exterritorialer Vorposten der israelischen Zionisten in Österreich, wo diese nach eigenem Gutdünken schalten und walten. Es dient dazu, den vereinbarten Nachschub an Menschenmaterial aus Rußland für die israelischen Aggressoren sicherzustellen. Dieses Menschenmaterial wird sowohl als Kanonenfutter als auch für die Kolonisierung der besetzten Gebiete gebraucht, Spezialisten müssen der Rüstungswirtschaft dienen. Dieser Nachschub an Menschenmaterial aus Rußland ist für die Zionisten und ihre imperialistischen Hintermänner nicht weniger wichtig als die Lieferung von Phantomjägern oder anderem Kriegsmaterial.

Dieses Menschenmaterial kommt aus der ehemals sozialistischen Sowjetunion. Es wird zur Auswanderung getrieben, weil die russischen Machthaber, um dem Volk ein Ventil für die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zu geben, unter anderem auch den Antisemitismus schüren. So müssen die Juden in Rußland nicht nur Tauschobjekte in der imperialistischen Politik der Kreml-Herren sein, sondern gleichzeitig Blitzableiter, um das gesamte russische Volk belügen und beherrschen zu können. Die systematisch betriebene Vertreibungspolitik gegenüber den Juden in Rußland ist ein weiterer Beweis für die Entartung der Sowjetunion zum sozialimperialistischen Rußland.

Was bei Schloß Schönau als "humanitäre Erleichterung" der Auswanderung bezeichnet wird, ist nichts anderes als Zwang. Den jüdischen Auswanderern aus Rußland werden nach der Ankunft in Österreich sofort die Reisepässe abgenommen. Dann gibt es fast nur mehr eines: Die Reisepapiere in Richtung Israel. Von ihrer Ankunft in Österreich an sind sie absolut der Jewish Agency - der israelischen Einwanderungsbehörde - ausgeliefert, falls es ihnen nicht gelingt, sich irgendwie aus dieser Zwangslage zu befreien. Nur selten war es diesen Menschen möglich, von Schönau in andere Länder als Israel einzureisen, selbst wenn sie das wollten. Also keine Spur von "Menschlichkeit", "Humanität" und "Freiheit". Im Gegenteil.

Die Dinge in der Welt haben sich verändert. Der US-Imperialismus hat in Indochina

Jetzt stehen sowohl die Kreml-Herren als auch die "K"PÖ-Bosse am Höchstädtplatz belämmert da. Die Auseinandersetzungen um Schönau haben nämlich auch gezeigt, daß die Auswanderung russischer Juden nach Israel organisiert betrieben wird. Schönau war für die Moskauer Herren die Tarnkappe, die das verdecken sollte. Den "Freunden der Araber" - wie selbst naive Menschen nun erkennen können, den falschen Freunden - wird jetzt nahegelegt, den Nachschub von Kanonenfutter nach Israel ohne Umwege direkt von Rußland aus durchzuführen.

eine schwere Niederlage bezogen. Die Sozialimperialisten in Rußland werden von den Völkern immer mehr erkannt als das, was sie sind: Gierig nach der Weltherrschaft. Das Säbelgerassel der Imperialisten klingt zwar furchterregend, aber die Völker der Welt erkennen immer mehr ihre Kraft. Die Supermächte können nicht mehr schalten und walten, wie sie wollen. Auch die Ankündigung Kreiskys betreffs Schönau geht den beiden Supermächten sehr gegen den Strich.
Der Beschluß der Bundesregierung, den Stützpunkt der israelischen Zionisten in Schloß Schönau zu schließen, liegt im Interesse des österreichischen Volkes. Wie Kreisky immer wieder erklärte, war das weder eine Forderung der beiden arabischen Freischärler noch eine von arabischer Regierungsseite. Gegner und Befürworter dieses Beschlusses erklären dies als politische Handlung, und das ist auch der Fall. Wir haben erklärt, daß wir alles unterstützen, was im Interesse der österreichischen Unabhängigkeit liegt, was sich gegen die Bevormundung durch die Supermächte richtet. Deshalb findet dieser Beschluß unsere Zustimmung.

Wir wissen, daß es vehemente Bestrebungen gibt, diesen Beschluß rückgängig zu machen oder zu umgehen. Das dürfen wir auf keinen Fall zulassen. Im Gegenteil. Im Lebensinteresse unseres Landes liegt nur eine echte Unabhängigkeit von der heimtückischen imperialistischen Politik der beiden Supermächte. Der Kampf um eine echte Unabhängigkeit Österreichs darf nicht irgendwelchen Kreisen der Bourgeoisie überlassen werden. Denn die Entscheidungen der Bourgeoisie sind nicht diktiert von den Interessen des Volkes. Sie handelt nach ihrem Profitermessen und ist auch bereit, vor dem imperialistischen Druck zu kapitulieren (das beste Beispiel dafür war 1938). Der Kampf um die Unabhängigkeit ist eine Angelegenheit des ganzen Volkes.

Die Ereignisse von Marchegg bis Schönau zeigen die enge Verflechtung auch Österreichs mit der internationalen Politik. Wenn wir arbeitenden Menschen nicht zu willenlosen Opfern des Imperialismus werden wollen, so müssen wir uns um diese Politik kummern. Wir mussen sie in die Richtung unserer Interessen lenken, entsprechend der in der heutigen Welt vorherrschenden Tendenz: "Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution." (Genosse Tschou En-lai auf dem X. Parteitag der KP Chinas.) ●



Weltlicher Unterricht?



Ich möchte Euch heute von meiner Erfahrung über die Trennung von Kirche und Staat in Österreich berichten. Bekanntlich begann in Westösterreich das Schuljahr am 10. September. Auch mein Sohn, der wie unsere ganze Familie konfessionslos ist, mußte an diesem Tag zum ersten Mal zur Schule gehen. Ich begleitete also meinen Buben an seinem ersten Schultag in die Schule und dachte mir, daß die Kinder heute in ihre Klassen eingeteilt würden, ihre Klassenkameraden kennenlernen und ihren Lehrer vorgestellt bekämen. Doch weit gefehlt! Kaum kamen wir vor dem Schulgebäude an, wurden die Kinder in Reihen aufgestellt und durch den dichten Morgenverkehr zum "Eröffnungsgottesdienst" geführt. Nachdem hiermit der Kirche ihr Obolus entrichtet war, war auch der erste Schultag zu Ende. Eigentlicher Schulbeginn war erst am darauffolgenden Tag. Wiederum begleitete ich meinen Sohn zur Schule und stellte fest, daß zu Beginn des Unterrichts vor dem mannshohen Kreuz in jedem Klassenzimmer ein Morgengebet verrichtet werden mußte. Ich fragte mich nun, was dieser ganze Zauber mit der staatlichen Institution Schule zu tun hat. Lernen die Kinder mit dem göttlichen Segen vielleicht besser, oder kommt es auf die Leistungen des Lehrers und der Schüler an? Für moderne Lehrmittel fehlt überall das Geld, aber für die Christusfigur in jedem Klassenzimmer ist genügend vorhanden. Noch immer gilt die Erkenntnis: Religion ist Opium für das Volk.

W. B., Tirol ●

Journaldienst der VRA: jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 13 bis 18 Uhr in Wien 20, Universumstraße 40. Telefon 33 87 774.

für die volksmacht

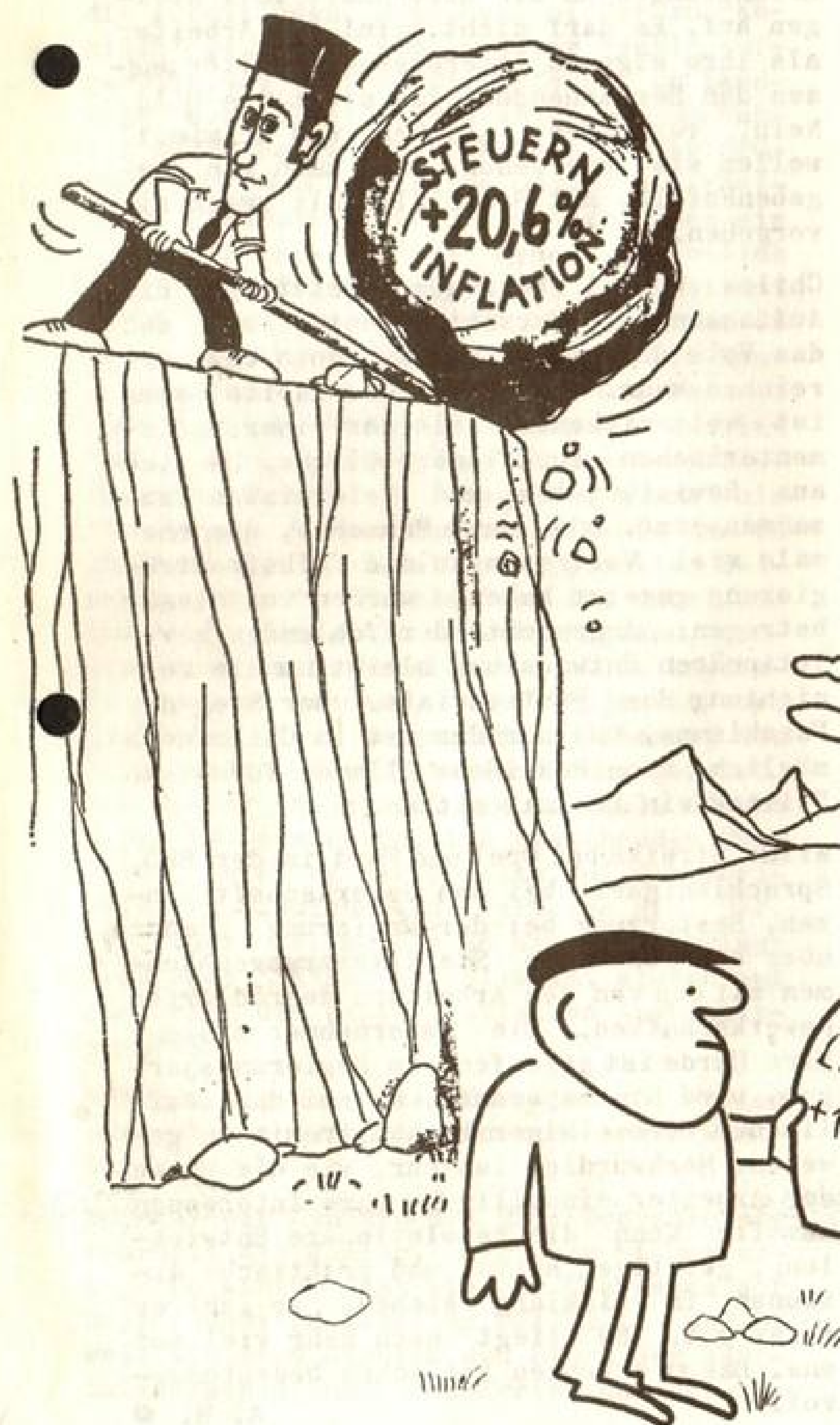
Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Nr. 79a

Sondernummer

Kostenloses Werbeexemplar

Die „Lohnrunde" bei den Erdölarbeitern ist vorbei. Um 14,5 Prozent im Durchschnitt wurden die Ist-Löhne erhöht. Auf den ersten Blick, in Schilling ausgedrückt, macht sich das ganz schön: S 3,50 oder 4,50 je nach Lohngruppe. Solche Erhöhungen haben die Kollegen noch nie bekommen. Trotzdem ist das viel zu wenig. Wir haben bereits nachgewiesen, daß erst eine etwa 20,6prozentige Lohnerhöhung der Geldentwertung, den höheren Steuerabzügen und der gestiegenen Produktivität gerecht wird. Ein schönes Geschäft also, das hier auf Kosten der Erdölarbeiter gemacht wird. Damit teilen sie das Schicksal sämtlicher Arbeiter in Österreich, bei denen die „Abschlüsse" nicht anders gewesen sind.



Schon die nächsten Monate werden beweisen, daß diese „Lohnerhöhung" in Wirklichkeit eine effektive Senkung – vertraglich fixiert – des Realeinkommens ist. Von der scheinbaren Erhöhung wird nämlich nichts übrigbleiben. Im Gegenteil, die Kollegen werden daraufkommen, daß man beim gewohnten Lebensaufwand Kürzungen wird vornehmen müssen. Es sei denn, man macht noch mehr Überstunden oder man verstärkt die „Pfuscharbeit". Was natürlich Raubbau an der Gesundheit ist und sich in wenigen Jahren bemerkbar machen wird.

Als erstes wird den Kollegen auffallen, daß allein die Lohnsteuer ein Viertel der Erhöhung frißt, und dann werden sie wieder die alte Propagandawalze hören, daß Lohnerhöhungen notwendigerweise zu Preissteigerungen führen müßten. Aus den Ankündigungen zum Beispiel des Wirtschaftsforschungsinstitutes geht bereits hervor, daß im nächsten Jahr die Inflationsentwicklung „zweistellig" sein wird. Und dann werden die Arbeiter wieder das Lied von den „gemeinsamen Interessen" in bezug auf die „Wirtschaft" hören, die ganz einfach zu „unserer Wirtschaft" gemacht wird. Die muß „gesund" bleiben, „saniert" werden usw. In Wirklichkeit heißt das nichts anderes als noch mehr Profite auf Kosten der arbeitenden Menschen. Dieses Theater soll sich dann bis Mitte 1975 hinziehen, dem Zeitpunkt der nächsten „Lohnrunde". Die-

Zu wenig

Lohnerhöhung haben die ÖMV-Arbeiter erhalten, wenn man jene Belastungen in Betracht zieht, die der Bürokraten- und Unternehmerstaat auf sie herabwälzt.

ser Termin steht nämlich schon fest, er wurde vom Sekretär der Wirtschaftskammer Mussil bereits genannt! Unternehmer und Gewerkschaften wollen also das Spiel weiterspielen, durch ständige Preissteigerungen und Stillhalten der Löhne über einen Zeitraum von eineinhalb Jahren hinweg noch mehr Profit aus den Arbeitern herauszupressen. Man könnte jetzt sagen – und von der Geschäftsführung des Betriebsrates hört man es ja auch besonders oft –: „Sind wir froh, daß wir soviel haben, es könnte noch schlimmer werden. Wir in der ÖMV sind doch ohnehin gut dran." Das ändert aber nichts daran, daß für uns Arbeiter absolut kein Grund besteht, unser Realeinkommen senken zu lassen. Wohin das führt, läßt sich leicht feststellen: Die Erdölarbeiter waren seinerzeit Spitzenverdiener in Österreich und in den sozialen Errungenschaften führend. (Was nebenbei bemerkt positive Auswirkungen auf die gesamtösterreichische Arbeiterschaft hatte, weil das Erdölbeispiel Schule machte.) Heute ist das Lohnniveau in der Erdölwirtschaft von der Spitze weit entfernt.

Die Ursache dafür liegt in der Haltung der Betriebsräte. Seit Jahren gibt es kein Aufmucken mehr gegen die angeordnete Parteipolitik. Die Betriebsräte fragen nicht die Arbeiter, sondern folgen bedingungslos den Aufträgen der Gewerkschaftsbonzen, welche gemeinsam mit den Unternehmern handeln. Freilich, was auf Kosten der Arbeiter geht, macht sich für die Betriebsräte bezahlt. (Ihre Löhne verschweigen sie verschämt.)

Dazu wählen sich die Arbeiter aber ihre Betriebsräte nicht. Die Vorstellungen über richtige Betriebsratsarbeit sind anders: Ständige Besprechungen mit den Kollegen, das Einsetzen für ihre Wünsche und Forderungen; ständige Berichterstattung über den Ablauf von Verhandlungen und letzten Endes die Zustimmung der Arbeiterschaft zu Abschlüssen. Von all dem ist aber in der ÖMV nichts zu sehen und zu hören. Doch was heute ist, das muß ja nicht unbedingt bis morgen bleiben. Die Arbeiter hätten Kraft und Druckmittel genug, Betriebsräte zur richtigen Durchführung ihrer Aufgaben und Unternehmer zur Erfüllung gerechter Forderungen zu zwingen. Zusammenreden, Zusammenstehen, organisiert vorgehen: Das ist der erste Schritt dazu. ●

Gegen Unternehmer, Faschisten, Gewerkschaftsbonzen



Drei Ereignisse in jüngster Zeit bestätigen die von den Marxisten-Leninisten aufgezeichnete Entwicklung. Es sind dies die Vorgänge um die französische Uhrenfabrik LIP, die Krise in Chile und die wilden Streiks in der BRD.

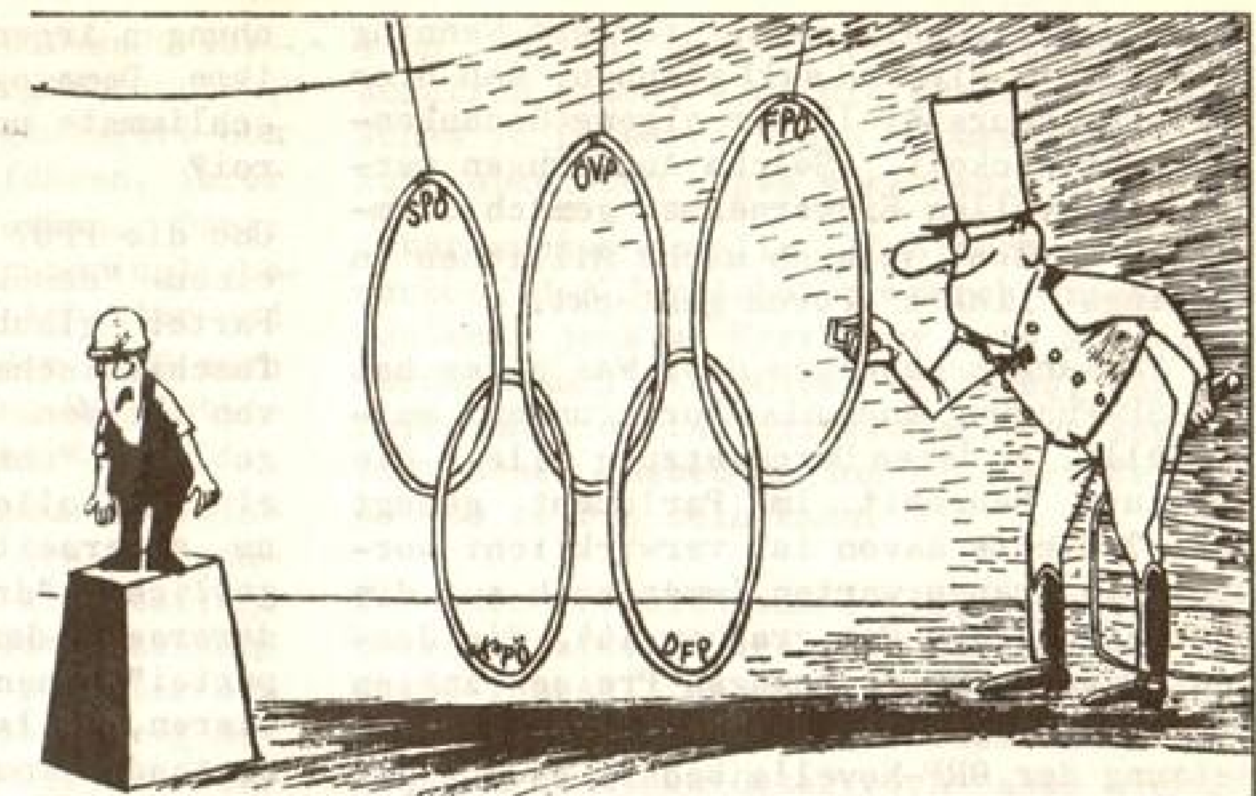
Im ersten Fall nehmen die Arbeiter selbst ihr Schicksal in die Hand. Sie produzieren und verkaufen die von ihnen hergestellten Produkte, nämlich Uhren. Sie tun dies trotz dem von den Monopolkapitalisten geplanten und beschlossenen Ruin der Fabrik. Erinnerungen an die Heroenzeit 1871 steigen auf. Es darf nicht sein! Die Arbeiter als ihre eigenen Interessensverwalter passen den Herrschenden gar nicht ins Bild. Nein, versoffen, stinkend und kriminell wollen sie sie sehen. Dann kann man gegebenenfalls mit Brachialgewalt gegen sie vorgehen.

Chiles Unheil begründet letztlich die Auffassung der Marxisten-Leninisten, daß das Volk durch Schwindelwahlen nichts erreichen kann. Der Arm des Kapitalismus ist weitreichender als der einer parlamentarischen Funktionärs-Clique, die sich aus Revisionisten und Reformisten zusammensetzt. Arbeitende Menschen, die ehemals viel Vertrauen in die Volksfrontregierung gesetzt haben, werden von dieser betrogen. Angesichts der fehlenden revolutionären Entwicklung bleibt nur die Vernichtung des Proletariats. Der Sieg des Faschismus, und nur der ist in Chile noch möglich, kann Präsident Allende für seine Politik ein Denkmal setzen.

Wilde Streiks bei Opel und Ford in der BRD, Sprachlosigkeit bei den Gewerkschaftsbonzen, Bestürzung bei der Regierung Brandt über die unnützen Stabilisierungsabkommen mit den von den Arbeitern degradierten Gewerkschaften. Die Unternehmer zahlen. Eine Hürde ist gelaufen. Im Regierungsjargon wird hinausposaunt, es sei das teuflische Werk einiger Linksextremisten gewesen. Merkwürdig ist nur, wie die Masse der Arbeiter einhellig für ihre Interessen kämpft. Wenn die revolutionäre Entwicklung, geistige Reife und praktische Aktionen im Einklang stehen, so geht es meist gut. Es liegt noch sehr viel vor uns. Das zu erkennen ist schon bedeutungsvoll.

A. M. ●

Nicht springen – Wahlboykott!



Für einen Tag werden in zwei Bundesländern die arbeitenden Menschen wieder zu "Königen" gemacht. Sie sind zur "Wahl" aufgerufen, und zwar am 21. Oktober zu Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen. Diesen Wahlen messen sowohl Kreisky mit seiner SPÖ-Mannschaft als auch seine Gegner entscheidende Bedeutung bei. Sie bezeichnen sie als "Testwahlen", bei denen eigentlich über die Regierungspolitik abgestimmt wird. Auch wir sind der Meinung, daß es bei diesen Wahlen nicht um kommunale Kinkerlitzchen geht, sondern um die Politik der Parteien überhaupt. Und diese Parteien haben in Österreich schon die verschiedensten Funktionen ausgeübt. Einmal als "Regierung Seiner Majestät" – wie man in England sagt –, einmal als "Opposition Seiner Majestät". Tatsächlich ist dabei unter "Majestät", nicht nur in England, sondern auch in Österreich und allen kapitalistischen Ländern, die "Majestät" des Kapitals, der herrschenden Klasse, der bestehenden Gesellschaftsordnung gemeint. Und dieser "Majestät" des Kapitals dienen heute in Österreich alle bestehenden Parteien. Seien es die bereits Politikerprivilegien genießenden Parteien SPÖ, ÖVP, FPÖ, oder sei es die an die Futterkrippe drängende "K"PÖ. Sie allesamt stehen auf dem Boden des kapitalistischen Ausbeutersystems.

Schauen wir uns diese Parteien an. Prüfen wir, ob sie für arbeitende Menschen wählbar sind.

Nehmen wir zuerst die SPÖ: Die absolute Mehrheit der Wähler, die ihre Stimme abgegeben haben, hat sie zur Übernahme der Regierungsverantwortung bestimmt. Warum? Weil sie etwa dadurch den Sturz der kapitalistischen und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung befürwortet hätten? Ganz gewiß nicht! Diese Wähler hofften vielmehr, daß die SPÖ in Hinkunft den arbeitenden Menschen etwas mehr, den reichen Schmarotzer etwas weniger berücksichtigen würde. Was hat sich aber nach dreieinhalb Jahren SP-Regierung ihren eigenen Angaben zufolge gezeigt? Es hat sich gezeigt, daß der Anteil der Kapitalisten am "Kuchen" immer größer, der Anteil der arbeitenden Menschen daran immer kleiner geworden ist. Es war also eine Politik im Interesse des Großkapitals, die von der SP-Regierung durchgeführt wurde. Kreisky war – wie wir revolutionären Arbeiter es vorausgesagt haben – der bessere Klaus.

Die Führer der Sozialdemokratie haben es seit jeher verstanden, den arbeitenden Menschen Sand in die Augen zu streuen, sie zu verwirren und in die Irre zu führen. Für die unzufriedenen Mitglieder und Anhänger haben sie stets "Fortschrittliche" und "Linke" bereitgestellt mit der Aufgabe, die enttäuschten Arbeiter vom Beschreiten neuer, wirklich revolutionärer Wege im Interesse der Arbeiterklasse abzuhalten. Und sie hat diese "Linken vom Dienst" auch jetzt wieder bereitgestellt. Der "linkeste" dieser "Linken" – Nenning – hat auch bereits die Katze aus dem Sack gelassen: Es genügt nicht mehr die absolute Mehrheit, um Verbesserungen im Interesse der arbeitenden Menschen herbeiführen zu können, sondern jetzt muß zuerst die "Zwei-Drittel-Mehrheit" erreicht werden. Es ist dies die Fortsetzung der arbeiterverräterischen SP-Politik vor dem zweiten Weltkrieg. Damals forderte Otto Bauer 51 Prozent, "um für die Arbeiter etwas erreichen" zu können. Heute, wo die 51 Pro-

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treill, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

zent Wirklichkeit sind, fordert Nenning 67 Prozent. Niemand soll glauben, daß hier Kreiskys "Wurschtel" nur eigene Gedankengänge entwickelt. Solche Äußerungen werden im vollen Einvernehmen gemacht. Umsonst werden ja auch nicht Millionen in Nennings "linkes" Forum gesteckt.

Die Tatsachen beweisen das. Was alles hat die SP-Führung doch als "Forderungen" aufgestellt, zu deren Durchsetzung allein die absolute Mehrheit im Parlament genügt hätte? Nichts davon ist verwirklicht worden. Die Frauen warten immer noch auf die Abschaffung des Paragraphen 144, die Jungen müssen für Wohnungen Preise zahlen wie noch nie usw. usf. Auch zur Durchsetzung der ORF-Novelle bedarf es nur der einfachen Mehrheit. Wir Marxisten-Leninisten betrachten es als eine sehr wichtige Frage, wer über das entscheidendste Massenbeeinflussungsmittel Macht und Einfluß ausübt. Von vorneherein wollen wir dabei klarstellen, daß wir keineswegs für einen "SP-Rundfunk" plädieren oder uns etwa Illusionen über einen "Regierungsrundfunk" hingeben. Aber Kreisky selbst bezichtigt die reaktionären Macher im Rundfunk offen faschistischer Gedankengänge. Warum wird die Verbreitung solcher Gedankengänge im ORF nicht sofort eingestellt, da dies mit einer Novelle möglich ist? Wieso kann man im Gegenteil aus der SP-Führung Stimmen hören, die daraus eine "verfassungsrechtliche" Frage machen wollen, also nur unter Zustimmung der ÖVP? Auch das gemahnt in bedenklicher Weise an die Taktik der Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen, die "unter Druck" alles tat, um den Kapitalisten zu Willen zu sein, und zugleich Schritt um Schritt vor dem Ansturm der offenen Faschisten zurückwich. Erfordern aber die Versuche der Reaktion, das Rad der Geschichte aufzuhalten, nicht die größte Wachsamkeit und Mobilisierung der Volksmassen?

Wenn wir die Dinge von dieser Warte aus betrachten ist es ganz klar, daß jede Stimme für die SPÖ, sei es auch bloß im reformistischen Sinne (§144) oder im antifaschistischen Sinne (ORF-Novelle), eine für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen verlorene Stimme ist.

Und die ÖVP? Kann es einen denkenden Arbeiter geben, der auch nur für einen Augenblick sich von den demagogischen Phrasen dieser traditionellen Unternehmerpartei gefangennehmen ließe? Ist es denn nur vorstellbar, daß diese Partei ihre "sozialen" Forderungen und Versprechungen irgendwie ernstnehmen könnte? Ist ihre Demagogie nicht in Wirklichkeit die schlimmste und erbärmlichste Bauernfängerei?

Und die FPÖ? Hand aufs Herz: Wer kann an einen "demokratischen" Charakter dieser Partei glauben, die auf den Trümmern der faschistischen NSDAP entstanden ist und von beiden Großparteien mitsamt den angeblich "unabhängigen" Massenmedien wie ein Luftballon künstlich aufgeblasen wird, um einerseits den Wählermassen einen angeblichen "dritten" Weg vorzugaukeln, andererseits der einen wie der anderen "Großpartei" einen Koalitionspartner zu reservieren, falls eine absolute Mehrheit nicht zustande kommt? Kein denkender Arbeiter kann das heuchlerische Gefasel dieser düsteren "dritten Kraft" auch nur für einen Moment ernstnehmen!

Und schließlich die "K"PÖ: Erinnert es nicht an Leichenfledderei, wie die Führer dieser Partei um den Kadaver der Illusionen herumschleichen, die über die SP-Regierung seinerzeit von so manchem Arbeiter gehegt wurden? Ein Großteil dieser Illusionen ist heute tot. Auf den Sirenengesang der Muhri, Scharf und Co. hereinfallen heißt aber, den Teufel mit Beelzebub zu tauschen. Diese Verräter haben längst die Klassenkampflehre von Marx und Engels über Bord geworfen. Sie haben in Österreich eine zweifache Rolle zu erfüllen: Einerseits die Weltherrschafts- und Raubpolitik der russischen Supermacht als angeblichen "Kommunismus" auszugeben und zu propagieren. Andererseits als "Linksaußen" in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu fungieren, als Auffangbecken für unzufriedene Arbeiter, deren Unzufriedenheit in für das Kapital ungefährliche Bahnen gelenkt werden soll.

Überall dort, wo die "K"PÖ Positionen hat, ist an ihrer Handlung der Beweis dafür zu ersehen. Das wäre auch im Wiener Landtag so. Der Gaunerei der "K"PÖ-Führer auf den Leim zu gehen, wäre ebenfalls verhängnisvoll. Wohin das führt, zeigt sich auf furchtbare Weise in Chile.

Welche Erkenntnisse können wir also ziehen? Zuerst einmal die, daß keine der offerierten Parteien - einschließlich diverser Splitterparteien - für einen denkenden arbeitenden Menschen wählbar ist. Will man dokumentieren, daß man gegen die durchgeführte Politik stimmen will, so muß man ungültig wählen oder überhaupt nicht. Es wird aber auch die Erkenntnis ganz deutlich, daß die arbeitenden Menschen keine Partei haben, die ihre Interessen vertritt. Die sie aber unbedingt brauchen, wollen sie richtig und organisiert den Kampf um ihre Interessen führen, ihrer historischen Aufgabe nachkommen. Diese Partei zu schaffen, ist eine vordringliche Aufgabe aller klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlichen Menschen; dem sind auch die Bemühungen der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs gewidmet.

Eine auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehende Klassenpartei des Proletariats wird sich aber niemals als Staffage für das Wahltheater des Parlamentarismus hergeben. Dieser Form der Diktatur des Kapitals, mit der dieses durch Betrug mit der sogenannten "Demokratie" die Arbeiter betrügen und leicht beherrschen kann. Denn dieser Betrug wird einmal durchschaut. Dann müssen wir aber verhindern, daß der Ruf nach der "starken Hand" eines "Führers" die unzufriedenen Volksmassen in die tödlichen Fangarme des Faschismus treibt! Dann müssen wir die Voraussetzungen geschaffen haben, daß die arbeitenden Menschen in Österreich die Notwendigkeit des revolutionären Weges erkennen.

Daher müssen wir alle Illusionen zunichtemachen, daß der Arbeiter durch "richtiges Wählen" jemals Herr über sein Schicksal werden kann. Wir müssen erklären, daß die Befreiung der Arbeiterschaft von kapitalistischer Ausbeutung nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann.

Für die revolutionäre Klassenpartei der österreichischen Arbeiter müssen wir den Kampf führen. Gegenwärtig und bei diesen "Wahlen" heißt das: Die arbeitenden Menschen im heutigen Österreich haben niemanden zu wählen; haben niemand unter den wahlwerbenden Parteien, dem sie wirklich Vertrauen schenken können. Deshalb unsere Losung: Stimmt gegen das herrschende System mit ungültigen Stimmen, mit aktivem bewußtem Wahlboykott! ●

Politische Macht kommt aus den Gewehrläufen

Die Lehren von Chile

Welche Lehren müssen die Marxisten-Leninisten und alle ehrlichen Kommunisten, die noch in der "K"PÖ sind, aus dem Sturz der Volksfrontregierung Allendes in Chile ziehen?

Der Marxismus lehrt, daß ohne Zerschlagung der Armee der Herrschenden und ohne Be-



waffnung des Volkes eine antiimperialistische Revolution nicht siegen kann.

Was war nun in Chile? Die Regierung Allendes hat Maßnahmen durchgeführt, die sich gegen die Abhängigkeit des Landes vom amerikanischen Imperialismus und gegen die einheimischen Großkapitalisten und die feudalistischen Grundbesitzer richteten. So wurden die Kupferminen nationalisiert und eine Bodenreform in Angriff genommen.

Aber Allende glaubte - und das wurde ihm vor allem von der revisionistischen Partei in Chile eingeredet -, daß ein "friedlicher Weg" von Reformen möglich sei. So hat die Volksfrontregierung dem Volk nicht die Macht in die Hände gegeben, sondern den vergeblichen Versuch unternommen, den Staatsapparat einschließlich der Armee in den Dienst des Volkes zu stellen. Aber in Wirklichkeit war die Armee in Chile keineswegs fortschrittlich gesinnt. Die "Loyalität" der Truppen wurde von Allende teuer erkauft, denn diese ließen sich ihre "Verfassungstreue" durch eine nie dagewesene Aufrüstung bezahlen. Daß diese Armee immer auf der Seite des Imperialismus stand, zeigt allein schon die Tatsache, daß jeder Kredit für Chile vom amerikanischen Imperialismus gesperrt und eine wirtschaftliche Blockade über das Land verhängt wurde, um es in ein Chaos zu stürzen, während einzig und allein die Militärhilfe aufrechterhalten und die Armee damit gestärkt wurde. Allende aber hat keine Volksbewaffnung durchgeführt, weil er den Irrtum beging, auf die Legalität seiner Regierung zu vertrauen.

Die chilenische "K"P, die noch rechts von Allendes Partei stand, machte sich zum Handlanger der Reaktion. Damit die Verfassung ja nicht verletzt werde, unterdrückte sie die Volksmassen. Als die Arbeiter in Chile gegen die reaktionären faschistischen Mörderbanden demonstrierten, ließ ein revisionistischer Provinzgouverneur auf sie das Feuer eröffnen.

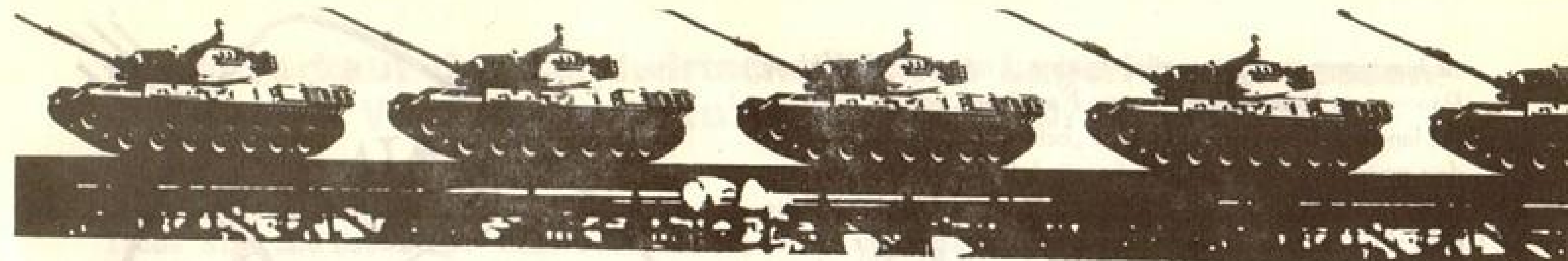
Die chilenischen Revisionisten haben systematisch den Kampf des Volkes sabotiert und desorganisiert. Noch vier Monate vor dem Putsch schrieben sie in ihren Thesen zum 15. Parteitag der "K"P Chiles, daß die Volksfrontregierung auf den bürgerlichen Staatsapparat angewiesen sei, und daß das Volk bloß Aufgaben übernehmen könne, die dieser Apparat nicht erfüllen kann. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die Armee nicht angetastet wird. Und dann behaupten diese Thesen, daß es möglich sei, "den gesamten Staatsapparat" - also auch das Militär! - "in den Dienst der gesellschaftlichen Erneuerung zu stellen." Sowohl theoretisch als auch praktisch - und gerade Chile zeigte das von neuem - ist aber erwiesen, daß dies unmöglich ist. Ohne Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung seiner Feinde keine Volksmacht!

Das hat auch die Witwe des ermordeten chilenischen Präsidenten erkannt. In einem Interview mit der mexikanischen Zeitung "Excelsior" sagte sie: "Gebt uns Waffen, forderten sie. Jetzt sehen wir, daß das Volk tatsächlich recht hatte, denn wir waren unbewaffnet..." In diesem Interview erklärte sie auch, daß die chilenische Armee "immer im Dienste der herrschenden Klasse gestanden" hat.

In Chile mußten tausende Arbeiter sterben, weil ihnen der friedliche Weg eingeredet wurde. Die Schuld trägt die "K"P Chiles, weil sie die Volksmassen betrogen hat und dadurch den proamerikanischen Großkapitalisten und Großgrundbesitzern den Staatsstreich ermöglichte. Die Revisionisten reden jetzt davon, daß "Ultralinke und Anarchisten" schuld an der Schwächung der Volksfrontregierung seien, wie es in der Zeitung ihres Studentenverbandes heißt. Aber auch solche Lügen können die Revisionisten nicht reinwaschen. Die "K"P Chiles hat eine verlogene Verratspolitik betrieben, durch die das chilenische Volk letztlich wehrlos den faschistischen Henkern ausgeliefert wurde. Sie hat vor dem Bürgerkrieg gewarnt, aber dem Volk keine Waffen gegeben, sie hat der Reaktion gedroht, aber in Wirklichkeit mit den Rechten gepackelt.

Die Arbeiter und Bauern Chiles werden aus ihrer Niederlage die Lehren ziehen, das ist sicher. Sie werden sich nicht noch einmal von den Verfechtern des "friedlichen Weges" ins Verderben führen lassen, sondern ohne diese Verräter den Kampf wieder aufnehmen.

Es gibt keinen friedlichen Weg! Weder in einer antiimperialistischen noch in der sozialistischen Revolution. Diese Schlußfolgerung sollte jeder ehrliche Kommunist ziehen, der noch in der "K"PÖ ist. Der friedliche Weg ist ja auch in den Leitsätzen der "K"P über den Weg Österreichs zum Sozialismus verankert. In Chile hat man gesehen, wohin dieser Weg das Volk führt. Wer den friedlichen Weg predigt, ist ein Verräter an der Arbeiterklasse. Die ehrlichen Mitglieder der "K"P sollten gegen diese Verräter, die an der Spitze ihrer Partei stehen, rebellieren. ●



Trotz massiver US-Einmischung:

Ein Traum ist ausgeträumt

Es ist wieder einmal so weit. Zum drittenmal seit 1957 bildet die Laotische Patriotische Front gemeinsam mit den bisher von den USA unterstützten Behörden von Vientiane eine Regierung. Und man kann es getrost als eine Art politisches Naturgesetz bezeichnen, daß der Anteil der Patriotischen Front an dieser Koalitionsregierung von mal zu mal größer wird. 1957 beispielsweise gehörten dem Kabinett nur zwei fortschrittliche Minister an und die befreiten Gebiete bestanden lediglich aus dem Nordostzipfel des Landes, nämlich den Provinzen Sam Neua und Phong Saly. Aber just diese Grenzgebiete zu China und Nordvietnam waren es, welche die Begehrlichkeit der US-Strategen wachhielten; sie wären so schöne Aufmarschgebiete für einen Zangenangriff gewesen. Es dauerte daher nicht lange, bis die Militärs in Vientiane und Luang Prabang die Macht an sich rissen.

Allerdings hatte das Pentagon seine Rechnung ohne das bewaffnete laotische Volk gemacht, denn der Pathet Lao ist kein harmloser Reformverein, der sich – wie etwa die Unidad Popular in Chile – einfach hinwegputschen läßt. So erlebten die proamerikanischen Generäle statt des erhofften Blitzsieges einen langwierigen Volkskrieg und die dazugehörigen Niederlagen. 1962 waren sie froh, daß sie sich in einen neuerlichen Waffenstillstand und eine zweite Koalitionsregierung retten konnten. Die befreiten Gebiete, deren Verwaltung sie der Patriotischen Front vertraglich zusichern mußten, betrugen jedoch schon fast zwei Drittel von Laos.

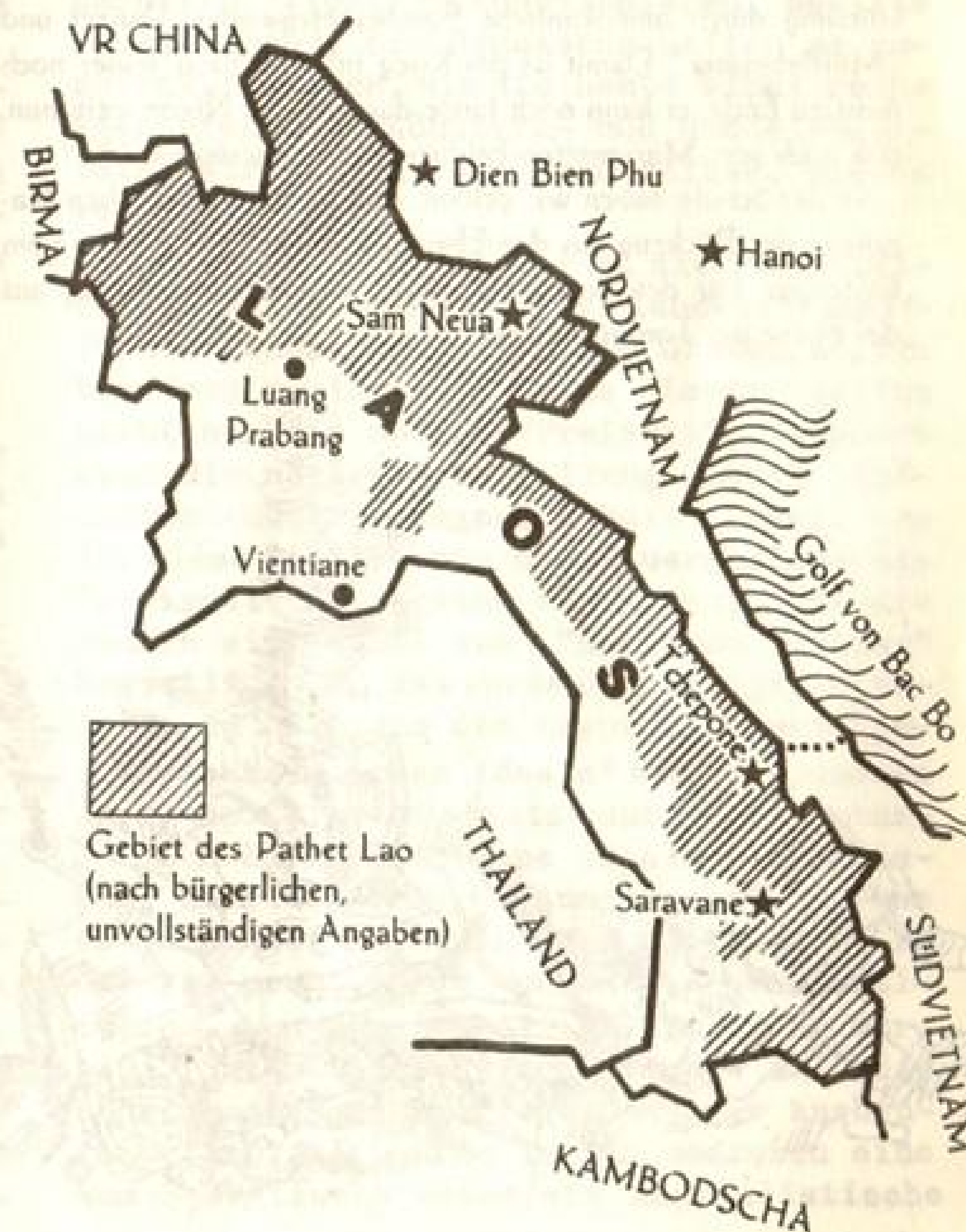
Trotzdem hoffte die US-Regierung noch immer auf ihre überlegene Dollar- und Feuerkraft. Womit feststeht, daß noch kein amerikanischer Präsident die „Militärischen Schriften" Mao Tsetungs gelesen hat, sonst hätte er wissen müssen, daß gegen einen Volkskrieg kein Zündkraut gewachsen ist. (Eine einfache Bestellung bei der VRA, 1205 Wien, Postfach 3, hätte den amerikanischen Steuerzahlern viele Millionen grüner Scheine und dem Präsidenten weitere Enttäuschungen erspart. Sonderpreis der „Militärischen Schriften" für Imperialisten: lumpige anderthalb Dollar.)

Doch Spaß beiseite. Als es den USA gelang, den bis dahin neutralen Ministerpräsidenten Souvanna Phouma auf ihre Seite zu ziehen, begann der Krieg von neuem. Und Bomberflotten, „Militärberater", thailändische Truppen und eine direkt vom CIA bezahlte und befehligte „Spezialarmee" unter dem Meo-General Vang Pao errangen bis Anfang 1970 tatsächlich einige spektakuläre Scheinerfolge. Wir befaßten uns damals in einer Glosse mit diesen Vorgängen; weil die Glosse aber in einem nur unseren Aktivisten zugänglichen internen Blatt erschien und weil außerdem eine kleine Gedächtnisauffrischung nicht schaden kann, so sei sie hier wiederholt:

N wie Napoleon
N wie Nixon
N wie Niederlage



Anfang Februar 1970 war im königlich-neutralen Laos noch alles in Ordnung. In der Hauptstadt Vientiane blühte die Korruption, von den Bergen leuchteten des Nachts weithin sichtbar Freiheitsfackeln aus brennendem Napalm, und amerikanische „Spezialtruppen" durchkämmten den Dschungel und schossen streng neutral auf alles, was sich bewegte. Auch in der königlich-laotischen Armee schienen die vielen guten Dollars, die man in



Gebiet des Pathet Lao (nach bürgerlichen, unvollständigen Angaben)

sie hineingepumpt hatte, endlich Früchte zu tragen. General Vang Pao — von Verehrern als „neuer Napoleon" gefeiert — hatte die lang umkämpfte Tonkrugebene „befriedet". Das heißt, nachdem amerikanische Bomber systematisch jedes Dorf eingeäschert hatten, landeten Vang Paos in Thailand ausgebildete Bataillone per Fallschirm bzw. Hubschrauber auf der Tonkrugebene, töteten mit ihren mörderischen M-16-Gewehren wahllos Mensch und Vieh und trieben die überlebenden Bauern in Konzentrationslager, wo sie später den Journalisten als „Bauern, die dem Pathet-Lao-Terror entronnen sind", vorgestellt wurden.

In den von der königlichen Regierung beherrschten Gebieten leben etwa 1½ Millionen Menschen. Davon befand sich Anfang 1970 bereits jeder dritte dort, wo er nach Meinung Nixons und seines Napoleons hingehört — hinter Stacheldraht in den sogenannten „Sammelzonen". Die Zukunft erschien also im rosigsten Licht: Alle Laoten, groß und klein, jung und alt, friedlich vereint in Barackenlagern, zwar ein bißchen eng gedrängt, aber dafür recht und schlecht ernährt aus amerikanischen Exportgütern und liebevoll beschützt mit ebensolchen Bajonetten. Aber auch außerhalb der Sammelzonen sollte mustergültige Ordnung herrschen; die Wälder Hunderte Kilometer weit einheitlich durch Napalm gerodet und die Felder gleichmäßig mit Chemikalien unfruchtbar gemacht. Freilich, lebenswert ist das Leben in einem solchen Land dann nimmer, aber im Interesse der Sache muß man eben auf so liebgewordene Dinge wie Freiheit oder menschenwürdiges Dasein verzichten.

Nur der Pathet Lao will sich mit dieser vorbildlichen Ordnung nicht abfinden. Am 10. Februar begann er seinen Gegenangriff, und nach schweren Kämpfen wurden Vang Paos Ordnungshüter zum Rückzug gezwungen — trotz massiver Unterstützung durch amerikanische Bombergeschwader, Panzer und „Militärberater". Damit ist der Krieg in Laos zwar leider noch nicht zu Ende, er kann noch lange dauern, aber Nixon weiß nun, daß auch sein Marionetten-Feldherr nicht unbesiegbar ist.

In der Schule haben wir gelernt, daß für den guten alten Napoleon der Rückzug aus den Ebenen Rußlands der Anfang vom Ende war. Für den neuen Napoleon wird es der Rückzug aus der Ebene der Tonkrüge sein.



Für Vang Pao war es wirklich der Anfang vom Ende. Laut Abkommen vom 14. September 1973 muß seine CIA-Armee genauso aus Laos verschwinden wie die US-„Militärberater" und die thailändischen Söldner. (Die Reste der Saigoner 15 000-Mann-Armee waren schon im Frühjahr 1971 geflohen – nach ihrer bereits legendären totalen Niederlage an der Fernstraße Nr. 9 bei Tchepone.) Wir könnten uns nun stolz an die Brust schlagen und rufen: „Da schaut's her, mir haum scho wieder amoi recht ghobt!" Doch, ehrlich gesagt, derlei Voraussagen sind kein Kunststück, denn im Gegensatz zu Nixon steht u n s ja eine wissenschaftlich fundierte Ideologie zur Verfügung.

Die Patriotische Front verwaltet bereits vier Fünftel des Landes und wird in der neuen Regierung die Hälfte der Minister stellen. Ministerpräsident bleibt Souvanna Phouma, der nach seiner unglückseligen Liaison mit den Amerikanern sich jetzt wieder neutral zu sein bemüht. Vielleicht ist es ein Beweis seines Gesinnungswandels, daß er vor Wochen in Vientiane einen Putsch jener rechtsextremen Militärs niederschlagen ließ, welche das Abkommen mit der Patriotischen Front verhindern wollten. Auch politisch und verwaltungsmäßig haben die Rechtsradikalen, die 1962 noch als dritte Partei mitverhandelten, ausgespielt. In Vientiane werden künftighin neben 1000 Polizisten Souvanna Phoumas auch 1000 Mann des Pathet Lao für Sicherheit sorgen. (In der Königsstadt Luang Prabang je 500.) Wobei anzunehmen ist, daß zumindest die „roten" Polizisten ein wachsames Auge auf all die mysteriösen Leute werfen werden, die bisher in der amerikanischen Botschaft nicht nur ein und aus gingen, sondern sich dort schon wie zu Hause fühlten. Harte Zeiten für Putschisten.



Warenverkauf der Landwirtschaftlichen Lagerhausgenossenschaften = Verschleierte Ausbeutung durch das Kapital

Nr. 79 b

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Viele werden wissen, daß es der ursprüngliche Sinn und Zweck der landwirtschaftlichen Lagerhausgenossenschaften war, für die Bauernschaft eine Selbstschutzorganisation zu schaffen gegen das die Bauern ausbeutende Handels- und Industriekapital.

Es sollte möglich sein z.B. durch "zentralisierten" Einkauf von Betriebsmitteln, welche der Bauer benötigt, z.B. Düngemittel und Pflanzenschutzmittel von der chemischen Industrie, Traktoren und diverse landwirtschaftliche Maschinen von der Maschinenindustrie, Mischfutter von der Mischfutterindustrie usw., unter Ausnützung der gewaltigen Einkaufsmarktposition, die diversen Lieferanten zu zwingen, zu Preisen zu liefern, die es ermöglichen, die Bauern mit billigen Betriebsmitteln zu versorgen. Obendrein wenn man bedenkt, daß die Lagerhausgesellschaft "profitlos", zum ausschließlichen Nutzen der ihr angehörigen Bauern, tätig sein sollte. Das war zumindest der Grundgedanke der landwirtschaftlichen Genossenschaften von Raiffeisen usw. Diese Männer wollten für die Bauern eine Institution schaffen, die es der Bauernschaft ermöglicht, sich vom ärgsten Würgegriff der Ausbeutung durch das Handels- und Industriekapital innerhalb unseres bestehenden kapitalistischen Ausbeutersystems zu befreien. Das war eindeutig der ursprüngliche Sinn und Zweck der Gründung von landwirtschaftlichen Lagerhausgenossenschaften und auch anderer Arten von Genossenschaften.

Und die Realität?

Diese sieht allerdings zum Leidwesen der Bauern etwas anders aus, und Raiffeisen und "Genossen" würden sich im wahrsten Sinne des Wortes "im Grabe umdrehen", wenn sie sehen würden, was aus den landwirtschaftlichen Genossenschaften im allgemeinen und den Lagerhausgenossenschaften im besonderen geworden ist.

Sagen wir so: Diese Männer waren zu ihrer Zeit "Reformisten", die daran glaubten, daß es möglich sei, innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems die Bauernschaft von der Ausbeutung durch das Handels- u. Industriekapital zu befreien. Diese Männer waren zu ihrer Zeit durchaus nicht "antikapitalistisch" eingestellt. Würden aber diese Männer heute leben, sie wären keine "Reformisten" mehr, sondern würden antikapitalistische revolutionäre Positionen einnehmen. Denn sie würden wissen, daß das kapitalistische System als Ganzes dem kleinen und mittleren Bauern feindlich gegenübersteht. Das kapitalistische System kann sich garnicht anders verhalten, denn der Motor dieses Systems ist der Profit und das Streben nach Profit.

Umfunktionierung der Genossenschaften

Nachdem das Industrie- und Handelskapital die immense Gefahr erkannt hatte, die vom Genossenschaftsgedanken seinen Profiten drohte, sollten die Genossenschaften tatsächlich "richtig" funktionieren, beeilte es sich sehr, die Genossenschaften so umzufunktionieren, wie sie heute sind: reine Agenturen des Industrie- und Handelskapitals. Wir wollen kurz beschreiben, wie es vor sich ging:

Es war nicht allzu schwierig, die "Entscheidungsstellen" innerhalb der landwirtschaftlichen Genossenschaften von Großagrariern besetzen zu lassen. Diese Leute hatten nicht nur die nötige "Freizeit", sondern auch die nötige Schulbildung sowie Auftreten und Sprachgewandtheit usw., um für diese Stellen von den Bauernmassen als "geeignet" betrachtet zu werden. Daß die Bauern sich damit den "Bock zum Gärtner" bestellt haben, das wurde den wenigsten bewußt. Im Nu wurden die ursprünglichen "genossenschaftlichen Ideale" von eben diesen Agrarkapitalisten ersetzt durch reine bürgerlich-kapitalistische Ideale wie Egoismus, Karrierismus, Geltungssucht und was es in dieser Richtung noch alles gibt. Es dauerte nicht lange und aus einer Institution, deren ursprünglicher Zweck es war, eine Selbstschutzorganisation für die Bauernmassen zu sein gegen das sie ausbeutende Kapital, wurde im Handumdrehen eine zum Selbstzweck entartete kapitalistische

Institution. Es herrscht darin genauso kapitalistisches Profitdenken wie in einem privatkapitalistischen Unternehmen. Es trat schließlich der paradoxe Zustand ein, daß die Genossenschaft nicht mehr für die Bauernmassen da ist, sondern die Bauernmassen für die Genossenschaften. Und nachdem die Macht innerhalb der Genossenschaften von Großagrariern ausgeübt wird, die sehr vielschichtig mit dem Industrie- und Handelskapital verflochten sind, sei es durch Verwandtschaft oder Verschwägerung, sei es durch eigene Industrie-und Handelsinteressen, ist es gar nicht verwunderlich, daß schließlich innerhalb dieser ursprünglich bäuerlichen Institution das Handels- und Industriekapital das große "SAGEN" hat.

Lagerhausgenossenschaften — billigste Vertriebsform für Handels- und Industriekapital

Es klingt geradezu als Hohn, aber es ist die Wahrheit, daß heute die Lagerhausgenossenschaften nur mehr vorwiegend die Funktion haben, die Waren des Industrie- und Handelskapitals zu vertreiben, und zwar zu Preisen, die dem Industrie- und Handelskapital fette Profite, dem Bauern aber erwiesenermaßen keinerlei "Preisvorteile" mehr bringen. Das Kapital hat es bis dato gut verstanden, die wahre Rolle der Lagerhausgenossenschaften zu verschleiern und mit Ausnahme von "bewußten" Bauern glauben die Bauernmassen noch an die "gute Funktion" ihrer Genossenschaften und merken garnicht, daß diese Institution nicht mehr zum bäuerlichen Nutzen tätig ist, sondern fast nur mehr zum Nutzen des die werktätigen Bauernmassen ausbeutenden Industrie- und Handelskapitals und dessen Lakaien.

Es gibt ohne Zweifel viele Bauernfunktionäre in den Lagerhausgenossenschaften, die subjektiv ehrlich und davon überzeugt sind, daß sie das Beste für ihre Genossen tun. Sie erkennen die Bauern nicht als "ausgebeutete Klasse" innerhalb des kapitalistischen Systems. Sie begreifen auch nicht die Rolle der Lagerhausgenossenschaften als Transmissionsriemen zwischen der Bauernschaft und dem die Bauernschaft ausbeutenden Industrie- und Handelskapital. Für kritische Bauernfunktionäre, die unter Umständen imstande sind, "hinter die Vorhänge" zu sehen, hat das "System" ein erprobtes Mittel zur Hand, eventuelle Kritik sofort verstummen zu lassen, und das ist die Korrumpierung dieser kritischen Funktionäre und Bauernführer, mittels "fetter Pfründe" innerhalb der diversen Agrarinstitutionen, Kammern und Verbände. Dieses "Medikament" wirkt meistens sofort. Aufgabe einer revolutionären bäuerlichen Avantgarde muß aber sein, diesen Schleier herunterzureißen!

Es wäre an der Zeit, daß wir werktätigen Bauern die wahre Rolle der Lagerhausgenossenschaft erkennen. Es wäre an der Zeit, daß wir das kapitalistische System als Ganzes als unserer Klasse feindlich erkennen und daß wir beginnen der Ausbeutung Widerstand entgegenzusetzen, soferne wir Bauern bleiben wollen. Und wir wollen Bauern bleiben, denn die Volksmassen wollen die nationale Lebensmittelversorgung gesichert wissen, um nicht auf Gedeih und Verderb einer Handvoll Großproduzenten agrarischer Produkte und den internationalen Lebensmittelkonzernen ausgeliefert zu sein. Diese Befreiung von Ausbeutung muß aber das Werk aller ausgebeuteten Bauern selbst sein. Wir revolutionären Arbeiter und Bauern wollen nur das unsere dazu beitragen, dem einen oder anderen Bauern die wahre Rolle der Lagerhausgenossenschaften erkennen zu lassen. Um erfolgreich Widerstand zu leisten, benötigen wir werktätigen Bauern bäuerliches Klassenbewußtsein, und wir müssen uns als ausgebeutete Klasse innerhalb unserer Gesellschaft begreifen. Das Erkennen unserer wahren Rolle wird uns werktätige Bauernschaft erst befähigen, erfolgreich Widerstand zu leisten. Jenen Klassen unserer Gesellschaft, die an der Ausbeutung der Bauern profitieren: Industrie- und Handelskapital, Agrarbonzen jeder politischen Farbrichtung in allen bäuerlichen Institutionen und anderen Lakaien des Kapitals. Ein altes Sprichwort sagt: "Wo lange kein Besen hinkommt, da bildet sich Staub". Das ist auch anzuwenden bei der Landwirtschaftlichen Genossenschaft. Wir wollen euch sagen, daß ein Bauernfunktionär, der ehrlich der Bauernschaft dient, sich vor keinem "Besen" fürchtet und auch nicht davor, wenn Mängel aufgedeckt werden und Kritik an seiner Arbeit geübt wird. Er wird sagen, daß jedermann seine Mängel bloßlegen kann und darf, wer immer es auch sei. Und insoferne ein Hinweis richtig ist, wird er bestrebt sein, seine Mängel zu korrigieren. Andererseits erkennen wir die unehrlichen "Bauernführer" dann leicht an ihrem Verhalten uns gegenüber.

Mit bäuerlichen und revolutionären Grüßen! ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien



...und ein Leserbrief zum Thema Revisionismus

Ich halte Euren Artikel in der "Volksmacht" Nummer 78 über die Absicht der russischen Imperialisten, Pakistan noch weiter zu zerstückeln, um ihren Einfluß in Südasien zu verstärken, für richtig und möchte zur Ergänzung noch einige Daten anführen. Jenes Gebiet in Pakistan, welches von Pathanen bewohnt wird und welches nach dem Willen der Kremlherren "befreit" werden soll, umfaßt knapp ein Viertel des pakistanischen Territoriums. Dazu kommt noch, daß im südwestlichen Pakistan - genau wie in den benachbarten Gebieten Persiens - Belutschi leben, für deren "Unabhängigkeit" die Revisionisten ebenfalls eintreten. Wenn also die Zerstückelungspläne der Sozialimperialisten Erfolg haben, dann würde nahezu die Hälfte des Gebietes Westpakistans von diesem Staat losgerissen. Die Folge einer derartigen Entwicklung wäre eine vollkommene Zersplitterung, eine "Balkanisierung" Südasiens, die Rußland erhebliche Vorteile bringt. Denn dann können die Kremlherren durch die Politik des "teile und herrsche" die Völker und Staaten dieser Region völlig unterwerfen und in eine Aufmarschbasis gegen Volkschina verwandeln.

Die revisionistischen Schreiberlinge machen auch schon Reklame für eine "Befreiungsbewegung in Paschtunistan". So erschien in der Zeitung des revisionistischen Studentenverbandes ein Artikel, der sich mit der Entwicklung in Afghanistan befaßt und behauptet, in Pakistan gehe ein "Befreiungskampf des paschtunischen Volkes" vor sich, der eine "nationale Revolution" sei. Hier handelt es sich wieder um die Lüge von der angeblichen nationalen Befreiung, die schon zur Rechtfertigung der indischen Aggression gegen Ostpakistan von den Revisionisten verbreitet wurde. Jetzt bereiten sie die öffentliche Meinung wiederum auf eine neue Aggression vor. In dem besagten Artikel versteigen sich die Revisionisten sogar dazu, die reaktionäre indische Regierung als "stärker (?) progressiv und friedliebend" und als "eher (?!) fortschrittlich" auszugeben. Die österreichischen revisionistischen Führer wirken mit ihrer Propaganda als Wegbereiter des russischen Imperialismus. Breschnew & Co. sind die Hitler von heute und die "K"PÖ-Führer sind ihre "Fünfte Kolonne", ihre Agententruppe. Das ist eine Tatsache, die man immer wieder aufzeigen muß. Wer nicht dem russischen Imperialismus entgegentritt und wer ihn nicht entlarvt, der ist kein Marxist-Leninist. Wer keine klare Haltung gegenüber der "K"PÖ einnimmt und glaubt, sie sei doch noch irgendwie fortschrittlich, der hilft bewußt oder unbewußt dem russischen Imperialismus. Das sollte die VRA in noch verstärkterem Maße aufzeigen und ihr solltet noch viel mehr den russischen Imperialismus in Eurer Zeitung entlarven.

W.P., Wien ●

Am Freitag, dem 19. Oktober 1973, beginnt unsere Schulungsreihe

Über die bürokratischen Kapitalisten

im Lokal der VRA, Wien 20, Universumstraße 40, 20.00 Uhr:

Der Doppelcharakter des Kapitals
Funktionierendes und zinstragendes Kapital

Am Freitag, 16. November 1973:

Der Vergesellschaftungsprozeß im Kapitalismus
Konzentration und Zentralisierung des Kapitals bis zur Verstaatlichung

Am Freitag, 14. Dezember 1973:

Verwandlung eines Teils der Arbeiteraristokratie in funktionierende bürokratische Kapitalisten

Am Freitag, dem 11. Jänner 1974:

Die bürokratischen Kapitalisten im heutigen Rußland